

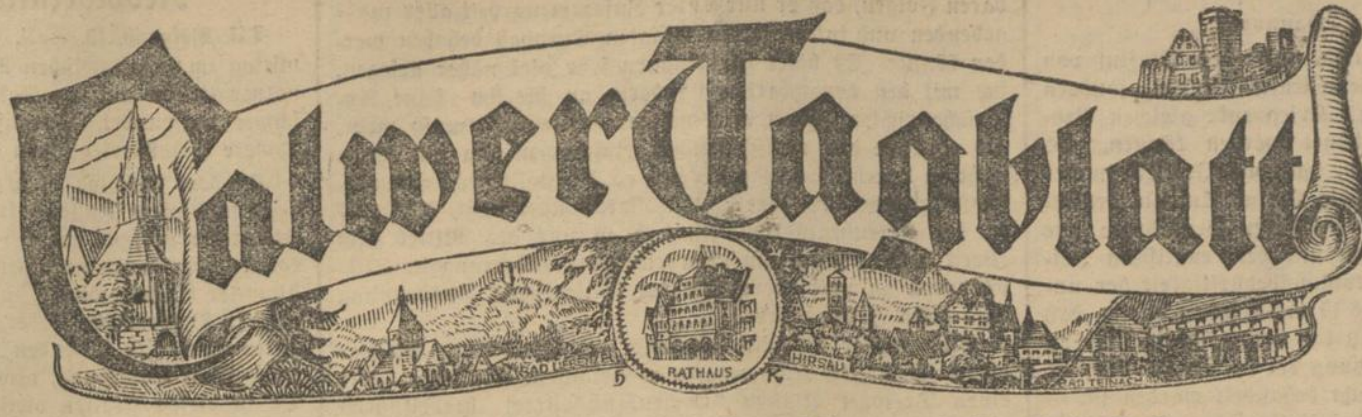
Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Sernsprecher Nr. 9
Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Tageslohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige
ohne Postgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme f. kleine Anzeigen
8 Uhr vorm., für große tags
zu vor 3 Uhr nachm.

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele

Druck und Verlag
der A. Oeschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 164

Montag, den 16. Juli 1928

102. Jahrgang.

Um den Weltfriedenspakt

Zustimmung zum Kelloggspakt in Paris und London

Die französische Antwortnote.
U. Paris, 16. Juli. Zu der Frage der Unterzeichnung
des mehrseitigen Kriegsverzichtspaktes teilt der Quai d'Or-
say am Sonntag vormittag mit:
„Die Antwort der französischen Regierung auf die letzte
Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten über den
mehrsseitigen Kriegsverzichtspakt wurde am Samstag nach-
mittag der Botschaft der Vereinigten Staaten durch den Ra-
binetchef Briand überreicht. Auf das Ersuchen Kelloggs
brachte der amerikanische Botschafter Herrick die lebhafteste Ge-
nehmigung der Regierung der Vereinigten Staaten zum
Ausdruck, die günstige Antwort der französischen Regierung
mit dem Feste des Nationalfeiertages zusammenfallen zu
sehen, wodurch die moralische Bedeutung des Paktes in den
Augen der Welt bedeutender erscheint. Der Botschafter der
Vereinigten Staaten war beauftragt, bei dieser Gelegenheit
die Fuldigung zu erneuern, die Kellogg der Initiative
Briands in der Entstehung des neuen Paktes zollte und der
engen französisch-amerikanischen Zusammenarbeit, die bis
zum Schlusse über der Ausarbeitung des Paktes gewaltet
hat.“

Zu der von der Newyorker Times wiedergegebenen Mel-
dung des Staatsdepartements, daß der Kriegsverzichtspakt im
Oktober in Paris unterzeichnet werde, ist man in Pariser
zuständigen Kreisen der Ansicht, daß angesichts der Zustim-
mung aller beteiligten Mächte zum Kellogg-Vorschlag die
Unterzeichnung bereits vor Oktober erfolgen kann.

Englands Antwort an Kellogg.

U. London, 16. Juli. Wie der diplomatische Korrespon-
dent des „Observer“ meint, wird die britische Antwortnote
auf die Vorschläge des Staatssekretärs Kellogg möglichst
weitere in dieser Woche nach Washington abgeschickt
werden. Die Zustimmung der britischen Dominions sei
nicht mehr als eine Formsache.

Die britische Regierung werde sich in dieser Note bereit
zeigen, den Pakt in der revidierten Form zu unterzeichnen,
wie er vom Staatssekretär Kellogg am 21. Juni übermit-
telt wurde, vorausgesetzt, daß die neue Präambel, wie sie

von dem amerikanischen Staatssekretär entworfen wurde,
eine formelle Billigung der besonderen Aufklärung, wie sie
in der britischen Note vom 19. Mai verlangt wurde, dar-
stellt, nämlich erstens, daß das Recht der Kriegsführung
in rechtmäßiger Selbstverteidigung durch den neuen Pakt
nicht berührt wird, zweitens daß die Verpflichtungen der
britischen Regierung auf Grund der Locarno-Verträge und
des Völkerbundsstatutes in keiner Weise berührt werden,
und drittens, daß ein Bruch des Paktes durch irgendeinen
der Staaten, die den Vertrag unterzeichnen, die anderen
Vertragsstaaten ohne weiteres von ihren Verpflichtungen
gegenüber dem den Vertrag brechenden Unterzeichnerstaat
entbindet.

Die britische Antwortnote werde ihrem Inhalt nach an-
nehmen, daß der scheinbare Widerspruch zwischen der letzten
Präambel Staatssekretär Kelloggs und dem letzten Text des
Vertrages des amerikanischen Staatssekretärs nur einen
Entwurfsfehler darstelle und daß die Auslegung gemäß
Punkt 3 die richtige sein soll.

Als Sir Cecil Hurst in Genf den Sitzungen der Sicher-
heitskommission beiwohnte, habe er diesen Punkt 3 mit dem
französischen Sachverständigen Fromageot eingehend verhan-
delt. Beide hätten beschlossen, daß es gut wäre, Deutsch-
lands Zustimmung zu der Auslegung, die sie diesem Punkt
geben, zu erhalten. Darauf sei die Berliner Reise erfolgt,
nach deren Abschluß Dr. Gauß auch seine Zustimmung ge-
geben habe. Dies sei jedoch eine rein akademische Angelegen-
heit. Das bedeutende diplomatische Ereignis sei, daß
Deutschland Staatssekretär Kelloggs zweiten Vorschlag
ebenso prompt und vorbehaltlos angenommen habe als den
ersten. Die deutsche Antwort habe dabei mit keinem Wort
jene juristischen Furchtsamkeiten französischer Fabrikats er-
wähnt.

Weltkonferenz über den Kriegsschlichtungspakt?

U. Newyork, 16. Juli. In Washingtoner Regierungsk-
reisen hält man es für sehr wahrscheinlich, daß im Herbst
in Paris auf einer Weltkonferenz die Verhandlungen über
den Kriegsschlichtungspakt Kelloggs zum Abschluß gelangen
werden. Kelloggs Vorschlag würde einer Konferenz der Aus-
senminister der beteiligten Staaten vorgelegt werden, ein
Plan, der nach amerikanischer Auffassung auch für Deutsch-
land annehmbar wäre.

Das ungelöste Rheinlandsproblem

Geteilte Ansichten bei den französischen Sozialisten

Paul Boncour bleibt Völkerbundsdelegierter.

U. Paris, 16. Juli. Im Nationalrat der Sozialistischen
Partei Frankreichs setzte sich am Sonntag der Delegierte
Gibaud für eine rasche Rheinlandräumung ein, während
der Parteisekretär Paul Faure erklärte, über die Rhein-
landräumung machten sich die Deutschen heute Luft, weil
sie keine Gegenleistungen anbieten wollten und weil die
wirkliche Räumung schon in zwei Jahren beginnen würde.
Der auf dem linken Flügel der Partei stehende Delegierte
Brace ergriff die parlamentarische Gruppe, einen Ent-
schließungsantrag in der Kammer einzubringen, wonach die
französische Völkerbundsdelegation im Verhältnis der Be-
deutung der Parteigruppen gewählt werden solle. Ein An-
trag Renauds verlangte dagegen die Aufrechterhaltung
des Mandats Paul Boncours, um durch sozialistische Ver-
tretung in der französischen Völkerbundsdelegation den
Völkerbund zu demokratisieren. Paul Faure erklärte sodann
noch einmal, der Augenblick sei gekommen, Deutschland
einen fühlbaren Beweis des französischen Friedenswillens
zu geben. Der Abg. Vincent Aurioi war der Auffassung,
es sei gefährlich, unvorbereitet zum Rheinlandsproblem
Stellung zu nehmen.

Der Intransigant vertritt die Ansicht, Frankreich
solle auf die deutsche Forderung nach Räumung des Rhein-
landes folgende Antwort erteilen: 1. Deutschland könne sich
nicht auf sein gutes Recht berufen; denn es könne doch
nicht mit gutem Gewissen behaupten, daß es alle seine Ver-
pflichtungen erfüllt habe, nachdem es erst vier Dawesraten
bezahlt habe. Wer biete die Garantie dafür, daß Deutschland
weiter zahlen werde? 2. Deutschland und Frankreich soll-
ten freundschaftlich prüfen, ob nicht ein besonderes Abkom-

men über die Rheinlandräumung denkbar sei, d. h. Deutsch-
land solle sagen, was es Frankreich als Gegenleistung an-
zubieten habe. 3. In Thoiry habe Frankreich die ersten Be-
dingungen eines Geschäfts festgelegt, Deutschlands Aufgabe
sei es jetzt Angebote zu machen. Obgleich Frankreich
Deutschland hierzu wiederholt aufgefordert habe, habe
Deutschland nicht geantwortet. 4. Frankreich solle Deutsch-
land antworten, daß die deutschen ebenso wie die inter-
alliierten Schulden von den anderen Mächten festgelegt
worden seien; es sei Deutschlands Aufgabe sie zu ändern.
5. Die deutschen Diplomaten seien stets auf dem Plan, wenn
es gelte, Europa oder Amerika um Hilfe zu rufen, um
Deutschland vor dem Bankrott zu retten oder auf poli-
tischem und finanziellem Gebiete Erleichterungen zu ver-
schaffen. Man müsse sich deshalb fragen, warum Deutsch-
land weder in London noch in Newyork Schritte zu einer
umfassenden Regelung ergreife. Die Mobilisierung der
Verpflichtungen aus den Dawesannuitäten würde es Frank-
reich ermöglichen, die deutschen Schulden seinerseits herab-
zusetzen. Erst dann könnte Deutschland die Räumung des
Rheinlandes mit Recht verlangen.

Der Nationalfeiertag in Frankreich

U. Paris, 16. Juli. Der Nationalfeiertag am 14. Juli,
der in ganz Frankreich mit großer Begeisterung gefeiert
wurde, verlief, soweit bis jetzt bekannt ist, ohne Zwischen-
fälle. Auch in den Garnisonsstädten fanden große Paraden
statt. Das Nationalfest, das sich über nicht weniger als drei
Tage erstreckte, gestaltete sich wieder zu einem Volksfest im
wahren Sinne des Wortes.

Die Feier des 14. Juli in Mainz.

Die Stadt Mainz erlebte am Samstag ein Truppen-
aufgebot, wie es im besetzten Gebiet bisher noch nicht zu
verzeichnen war, und eine äußerst schwere Herausforderung

Tages-Spiegel

Ueber die Frage der Rheinlandräumung herrscht in fran-
zösischen Kreisen eine sehr geteilte Meinung; die unge-
löste Frage beginnt angesichts ihrer Dringlichkeit Mißbe-
hagen hervorzurufen.

Zwischen England und Japan ist infolge der englischen Hal-
tung in der mandchurischen Frage eine Trübung der Be-
ziehungen eingetreten, welche Rußland auszunutzen ge-
willt ist.

In Smyrna hat gestern ein heftiges Erdbeben stattgefunden;
über die Schäden liegen noch keine Meldungen vor.

Auch gestern herrschte im ganzen Reich große Hitze. Man
stellte außer in Ostpreußen, wo nur 27 Grad waren, in
allen Teilen des Reiches 30 bis 35 Grad Wärme fest.

der Bevölkerung bedeutet. Aus Anlaß des französischen
Nationalfeiertages fand eine große Truppenparade vor Ge-
neral Guillaumont statt. Regiment auf Regiment mar-
schierte vorbei. Mörserbatterien, Tankgruppen und Ma-
schinengewehrkompanien wechselten einander ab, während
in den Lüften etwa 30-40 Flugzeuge kreisten. Am Vor-
mittag waren aus diesem Anlaß eine ganze Reihe von
Straßen gesperrt worden. Der Veranstaltung ging ein
Fahrlug voraus.

Schweres Eisenbahnunglück bei München

U. München, 16. Juli. Am Sonntag abend zwischen
neun und zehn Uhr, also zur Zeit des stärksten Ausflüger-
Rückstromes, ereignete sich im Bereich des Münchner Haupt-
bahnhofes ein schweres Eisenbahnunglück. Der an den Sonntags-
tagen zwischen München und Nürnberg verkehrende Bernal-
tungs-Sonderzug 52841 stieß bei der Donnersberger Brücke
mit einem Vorzug zusammen. Dabei gerieten zwei Wagen
in Brand. Soviele bis jetzt bekannt ist, ist eine Person
verbraunt. Außerdem gab es eine Reihe von Verletzten,
die dem Vernehmen nach größtenteils leicht verletzt sind.
Die gesamte Sanitätskolonne wurde alarmiert.
Nach dem amtlichen Bericht sind bei dem Eisenbahn-
unglück im Münchener Hauptbahnhof 6 Männer und
3 Frauen getötet worden. Ein weiterer Mann ist bei der
Verbringung in die Klinik gestorben. Von den als verletzt
Gemeldeten sind die Namen von 13 Personen bekannt.

Explosionskatastrophe in der Pulverfabrik Hasloch

U. Hasloch, 16. Juli. In den ersten Vormittagsstunden
des Samstag stieg über den Haslocher Bergen eine Rauch-
säule auf, die wieder einmal ein Unglück bei der Haslocher
Pulverfabrik ankündigte. Es sind gerade zwei Jahre her,
seit die Pulverfabrik Hasloch durch eine Explosion vollkom-
men vernichtet wurde. Aus bisher unbekannter Ursache er-
eignete sich am Samstag im Abstellraum eine Explosion, die
einen Brand im alten Teil der Fabrik zur Folge hatte. Bis
jetzt wurden 4 Tote, 4 Schwerverletzte und 4 Leichtverletzte
geborgen. Die Hälfte der Fabrikanlagen ist schwer beschädigt.
Der Schauplatz der Katastrophe bildet einen wüsten Trüm-
merhaufen. Der Hauptschaden ist nicht durch die Explosion
entstanden, sondern durch das Uebergreifen des Brandes auf
die nebenstehenden Gebäude. Wie das Unglück entstanden ist,
läßt sich noch nicht bestimmen. Zurzeit der Explosion waren
125 Arbeiter in dem explodierten Fabrikgebäude beschäftigt.
Es muß mit Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die
Katastrophe durch leichtfertige Handlungen eines oder mehrerer
Arbeiter entstanden ist.

Fortsetzung des russischen Rettungswerkes

Kraffin auf der Suche nach der Ballon-Gruppe.
U. Oslo, 16. Juli. Nach Meldungen aus Spitzbergen
befindet sich der russische Eisbrecher „Kraffin“ auf dem Wege
zur Ballon-Gruppe, mit der bereits Signale ausgetauscht
werden konnten. Die Nachsuche wird jedoch außerordentlich
durch den starken Nebel erschwert.
Amundsen noch nicht gerettet.
U. Berlin, 16. Juli. Wie der „Montag“ aus King Bay
meldet, hat der russische Eisbrecher „Malgin“ das Eis in
der Nähe des König-Karl-Landes abgesehen, aber noch keine
Spur von Amundsen gefunden.

Die Durchführung des Kriegschadenschlußgesetzes

Sitzung des Reichstagsausschusses für die Liquidations- schäden.

II. Berlin, 14. Juli. Der Reichstagsausschuß für Liquidations- und Verdrängungsschäden hielt am Freitag eine Aussprache über die Beschleunigung der Abwicklung der Liquidationsschäden ab. Ministerialdirektor Dorn vom Landesfinanzministerium legte dar, welche Schwierigkeiten das Entschädigungsamt zur Bewältigung seiner Arbeiten zu überwinden habe, die besonders rechtlicher Natur seien. Unter den 200 000 zu bearbeitenden Fällen seien 40 000 Härtefälle. Von den übrigen 160 000 seien inzwischen rund 20 000 Fälle durch Festsetzung der Schlußentschädigung erledigt, so daß 140 000 übrig bleiben, die zu ihrer Erledigung noch eine Zeit von 14 Monaten erfordern. Eine Vermehrung des Personals um 100 Personen werde erwogen. Wegen der Verzögerung durch die Nachprüfung des Rechnungshofes, über die verschiedentlich geklagt wurde, werde er mit dem Rechnungshof Fühlung nehmen und die Wünsche des Ausschusses dabei vorbringen.

Der Ausschuß beschloß, die Regierung zu bitten, alle technischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, das Verfahren zu beschleunigen.

Der Kampf des Deutschtums in der Tschechoslowakei

Die deutschen Minister in der Tschechoslowakei drohen Rücktritt.

II. Prag, 16. Juli. Im Abgeordnetenhaus wurde vom Fürsorgeminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Schramf die Regierungsvorlage über die Versicherung der Privatbeamten eingebracht. Im politischen Nachauschuß kam es wegen des Gesetzes, das die Aufhebung der beiden deutschen Landesversicherungsanstalten in Böhmen und Mähren-Schlesien und ihr Aufgehen in einer Zentralanstalt vorsieht, zu ersten Auseinandersetzungen, die soweit gingen, daß die deutschen Minister mit ihrem Rücktritt drohten. Die neue Gesetzesvorlage zeigte deutlich, wie die Entrechtung und Bedrückung der Deutschen in der Tschechoslowakei nach wie vor andauert. Während die deutsche Regierungspresse und die offizielle Presse die Angelegenheit als bedeutungslos hinstellt, schreiben die tschechischen Nationalblätter von einer ersten Krise in der Koalition. Wer jedoch die tschechoslowakische Politik kennt, weiß, daß damit nur die deutschen Regierungsparteien eingeschüchtert werden sollen.

Die Hultschiner Deutschen fordern ihr Recht.

Wie die „Bohemia“ meldet, hat der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Partei im Namen der Bevölkerung des Hultschiner Gebietes einen offenen Brief an den Präsidenten der Tschechoslowakei gerichtet, in dem festgelegt wird, daß die bei der Einverleibung des Hultschiner Gebietes gemachten Versprechungen über die Wahrung der nationalen und religiösen Freiheiten nicht gehalten worden seien. Der Präsident wird aufgefordert, den unerträglichen, eines Rechtsstaates nicht würdigen Zuständen, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens, ein Ende zu bereiten, zumal die Ausnahmebehandlung des Hultschiner Gebietes dem Vertrage von St. Germain widerspreche.

Kleine politische Nachrichten

Zusammentritt des Wahlprüfungsgerichtes beim Reichsgericht. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichsgericht trat zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Reichstagsabgeordneter Dr. Bell (Z.), zum Stellvertreter Reichsgerichtsrat Peltner gewählt. Ministerialrat Dr. Kaijensberg vom Reichsministerium des Innern erstattete als Beauftragter für das Wahlprüfungsverfahren Bericht über den Stand der Prüfungsarbeit. Hiernach dürfte das Wahlprüfungsgericht Gelegenheit haben, Anfang Oktober über die Wahl in 8 Wahlkreisverbänden die Entscheidung zu treffen.

Der Reichsarbeitsminister für internationale Sozialpolitik. Auf der Tagung des Freigewerkschaftlichen Arbeiterverbandes in Magdeburg sprach Arbeitsminister Wissell über „Die soziale Bedeutung weltwirtschaftlicher Verpflichtungen“. Der Minister betonte, daß die für Deutschland wünschenswerte Ausfuhrsteigerung nicht auf Kosten sozialer Errungenschaften erzwungen werden dürfe. Zu verhindern sei es aber auch nicht, daß einmal die Außenhandelspolitik im Interesse des Volksganzen die Schutzollwünsche der Arbeiter eines einzelnen Industriezweiges außer Acht lassen müsse.

Aus aller Welt

Der Mörder der beiden Lehrerinnen im Feldberggebiet verhaftet?

In Stodach wurde von der dortigen Gendarmerie ein gewisser Meißel unter dem Verdacht verhaftet, den aufsehenerregenden Mord an den 2 Lehrerinnen auf der Weis-tannenhöhe im Feldberggebiet begangen zu haben. Der Verhaftete hatte einem Handwerksburschen, mit dem er zusammen auf der Wanderschaft war, erzählt, daß er den Mord begangen habe. Darauf hat der andere bei der Gendarmerie eine Anzeige erstattet, was zur Verhaftung des Meißel führte. Ob es sich hier tatsächlich um den seit langem gesuchten Mörder handelt, bleibt vorläufig noch abzuwarten.

Vier Personen bei einem Flugzeugabsturz getötet.

Bei einem Versuchsflug einer kleinen Maschine der Imperial Airways, die für den Flugverkehr von London zum europäischen Kontinent vorgesehen war, stürzte das Flugzeug über dem Flugplatz von Putney plötzlich ab. Von den sechs Insassen sind vier, darunter zwei Frauen getötet und zwei verletzt worden. Unter den Getöteten befindet sich auch ein Vertreter des britischen Luftfahrtministeriums. Bei den übrigen Personen handelt es sich durchweg um Angestellte des Croydoner Flugplatzes. Die beiden Verletzten sind der Flugschiffahrer und ein Mechaniker.

Württ. Landtag

Aus dem Finanzausschuß.

Zu seiner Samstag-Sitzung erteilte der Finanzausschuß dem Entwurf eines Ersten Nachtrags zum Staatshaushaltsgesetz für 1928 seine Zustimmung; die Staatsregierung hat seinerzeit einen Teil des Grundkapitals der Württ. Sammelschienen A.G. auf den Staat übernommen. Die Gesellschaft will nun ihr Grundkapital von 1 Million RM. auf 3 Mill. RM. erhöhen. An dieser Erhöhung soll sich der Staat mit 520 000 RM. beteiligen, die aus Anleihemitteln des außerordentlichen Dienstes (Kap. 1a) gedeckt werden sollen. Ein diesbezüglicher Antrag Körner (WB.), Riß (Z.) wird ohne besondere Abstimmung angenommen. Weiterhin ist der Staat an der Vorarlberger Illwerke A.-G. mit 15 Prozent des Grundkapitals beteiligt. Zum weiteren Ausbau des Wormuntwerkes soll der Gesellschaft ein Darlehen bis zum Höchstbetrag von 900 000 RM. in Monatsraten zur Verfügung gestellt werden. Das Darlehen ist zum jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu verzinsen. Ein Antrag Körner-Pollich, das Staatsministerium zur Durchführung der vorgesehenen Erhöhung der staatlichen Beteiligung an den Werken zu ermächtigen, wird ohne besondere Abstimmung angenommen. Die Beschlußfassung über die vom Innenministerium auf Grund des Polizeiverwaltungs-gesetzes angeregte Übernahme des Chemischen Untersuchungsamts der Stadt Ulm in staatliche Verwaltung wird nach längerer Aussprache zurückgestellt. — Eine Eingabe des Vertrauensausschusses der Württ. Justizreferendare wünscht Erhöhung der Unterhaltszuschüsse, Gewährung der Zuschüsse an sämtliche Referendare und vollständigen Wegfall der bisherigen Rückzahlungspflicht. Der Mehraufwand für die Staatskasse bei Erhöhung der Zuschüsse würde nach Mitteilungen des Ministerialrats Seeger etwa 300 000 RM. betragen. Ein Antrag des Berichterstatters Dr. Hieber (Dem.), die Eingabe der Regierung zur „Berücksichtigung“ zu übergeben, wird mit Stimmengleichheit abgelehnt; der Antrag auf „Erwägung“ ohne besondere Abstimmung angenommen.

Aus den Parteien

Landesversammlung des Württ. Sparerbundes und der Volksrecht-Partei.

In Stuttgart fand eine gutbesuchte Landesversammlung des Württ. Sparerbundes und der Volksrecht-Partei statt, die vom Landesvorsitzenden, Prof. Bauer, geleitet wurde. Die mehrtägigen Verhandlungen beschäftigten sich vor allem mit den politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Volksrecht-Partei und des Sparerbundes, mit Fragen der Organisation und der Presse, sowie mit den Ende 1928 stattfindenden Gemeinderatswahlen. An der überaus regen Aussprache beteiligten sich zahlreiche Vertreter aus Stadt und Land.

Aus den gefaßten Beschlüssen sind insbesondere die beiden nachstehenden Entschlüsse hervorzuheben, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurden: 1. Die Landesversammlung des Württ. Sparerbundes und der Volksrecht-Partei stellt mit Bedauern und Besorgnis fest, daß weder in der Erklärung der Reichsregierung noch in der Erklärung der württembergischen Landesregierung zu der wichtigsten Frage der Wiedergutmachung des Unrechts der Inflationspolitik und der Aufwertungs-gesetze Stellung genommen worden ist, obwohl gerade die Verbit-terung der Inflationsgeschädigten in erster Linie die Ver-schiebung der Stärkerverhältnisse der Parteien herbeigeführt hat und obwohl alle Parteien vor der Wahl erneut ihre Aufwertungs- und Rentnerfreundlichkeit betont haben. Die Landesversammlung richtet an die Regierungen und Parteien in Reich und Land die dringende Forderung, erneut ihre größte Aufmerksamkeit der im Interesse von Staat, Volk und Wirtschaft notwendigen gerechten Wiedergutmachung des Inflationsunrechts anzuwenden. Im Reich ist vor allem notwendig die Anpassung der gesetzlichen Aufwertung an die sog. „freie“ Aufwertung, die sofortige Neuregelung der Anleiheablösung durch Schaffung eines zinstragenden Papiers, die Aufwertung der Sparanlagen auch bei den Banken, die Regelung der Inflationshaushaltsverläufe und die Schaffung eines Rentner-versorgungsgesetzes, das einen Rechtsanspruch gewährt. Für Württemberg handelt es sich vor allem um die landesgesetzliche Regelung der Aufwertung der Anleihen und Darlehensschulden der Gemeinden usw., um die Verbesserung der Sparkassenaufwertung nach dem sächsischen Vorbild und um gesetzliche Vorschriften über die Beteiligung der Vertreter der Sparer selbst an der Verwaltung der öffentlichen Sparkassen. Die Versammlung ersucht die Landesleitung und die Reichsleitung des Sparerbundes und der Volksrecht-Partei, den gesetzgebenden Körperschaften entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

2. Die Landesversammlung erwartet ferner die Beseitigung der versorgungs- und rechtswidrigen Wahlrechtsbe-

schränkungen in den Wahlgesetzen des Reichs und des Landes und bedauert, daß die Regierungen und Parlamente nicht von sich aus dieses Unrecht beseitigt haben. Die Landesversammlung billigt die Einreichung der Klage bei dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich und fordert die Landes- und Reichsleitung auf, diesen Kampf mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzuführen, um das Recht des Volkes auf freie Wahl seiner Vertreter gegen willkürliche Eingriffe der gesetzgebenden Körperschaften zu schützen.

Aus Württemberg

50. Vollversammlung der Handwerkskammer Reutlingen.

Unter dem Vorsitz des Flaschnerobermeisters und Landtagsabgeordneten Henne-Füßingen fand in Anwesenheit des Staatskommissars in Reutlingen die 50. Vollversammlung der Kammer statt. In seiner Begrüßungsansprache ging der Vorsitzende auf die wirtschaftliche Lage des Handwerks ein. Hierauf erstattete der Geschäftsführer, Syndikus Eberhardt, den Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr. Ueber den Stand der Steuergesetzgebung erstattete Syndikus Eberhardt einen gedrängten Bericht. Im Anschluß an die drei Berichte fand eine Aussprache statt. Der Vorsitzende, Präsident Henne stellte das Ergebnis der Aussprache wie folgt fest: Die Belastung mit Steuern und Abgaben aller Art ist für den Handwerkerstand bei den starken Unterbietungen unerträglich. In der Frage des öffentlichen Vergewaltens ist eine lebhafteste Beunruhigung in den Kreisen des Bauhandwerks festzustellen. Im Interesse eines guten Nachwuchses wird die Kammer auch fernerhin das Gewerbeschulwesen nachhaltig unterstützen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 16. Juli 1928
Ehrung.

Am vergangenen Samstag durfte Alt-Veteran Karl Schabale in noch körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag feiern. Aus diesem Anlaß wurden ihm von der Vorstandschaft des Veteranen-Vereins 1870 und 1914, dessen Ehrenmitglied er ist, die Glückwünsche des Vereins nebst einem Angebinde überbracht. Möge der greise Kamerad noch viele Jahre in Gesundheit dem Verein erhalten bleiben.

Verkehrsunfall.

Sonntag nachmittag 2.30 Uhr fuhr ein Deländerle ein Motorradfahrer und ein Radfahrer aufeinander. Dem Motorradfahrer wurde bei dem Zusammenstoß am Mittelfinger die Fingerkuppe weggerissen. Die beiden Räder wurden schwer beschädigt. Der Zusammenstoß wurde dadurch herbeigeführt, daß der Radfahrer seine Fahrtrichtung verließ und somit vor das Motorrad geriet.

Brief aus Bad Teinach.

Nach Wochen angestrengtester Arbeit ist man nunmehr gerade noch vor Beginn der Hochsaison mit dem Umbau der Ortsstraße fertig geworden. Um den Verkehr immer aufrecht halten zu können, mußten oft die Nachtstunden zur Arbeit herangezogen werden. Das trockene, warme Wetter war für den Einbau des Asphaltes äußerst günstig. Wie aus Eisen gegossen liegt die Straße nun da, die beste und schönste der ganzen Gegend. Wer Bad Teinach von früher her kennt und es jetzt wieder besucht, wird überrascht sein über die vorteilhafte Aenderung, die hier im Straßenbild vollzogen wurde. Das hübsche Äußere vieler neuherrgerichteter, in lebensfrohen Farben gestrichener Häuser erhöht noch den Gesamteindruck. Staub und Lärm sind durch die neue Straße auf ein Minimum beschränkt. Trotz der großen Unruhe, die der Straßenumbau mit sich brachte, durfte sich Bad Teinach seit Mat einer stattlichen Zahl von Kurgästen erfreuen. Hotels, Gasthöfe und Heime sind voll besetzt. Bald wird auch der letzte Platz in den Privatwohnungen vergeben sein. — Am vergangenen Sonntag war ein besonderer musikalischer Genuß geboten. Eine kleine Gruppe des Tübinger Kirchenchors gab nachmittags auf Veranlassung des Evang. Volksbundes in der Kirche ein Lieberkonzert. Schon im Vormittagsgottesdienst zeigte die kleine Schar im Vortrag zweier Choräle, wie schön ihre gutgeschulten Stimmen zusammengehen und wie verinnerlicht ihre Auffassung von den gesungenen Liedern ist. Das Nachmittagskonzert wurde eingeleitet durch ein von stud. theol. Funk vorgetragenes Orgelvorspiel über „Vater unser im Himmelreich“ von J. S. Bach. Aus der großen Reihe der Lieder sei besonders das „Agnus Dei“ von Gumpelhauser, „Nun preiset alle Gottes Barmherzigkeit“ von Bach und „Aus meines Herzens Grunde“ von Henkel erwähnt. Letzteres nur zweistimmig, doch in polyphoner Art gesetzt, ist ein ergreifendes Morgenlied an den Schöpfer. Rein und leicht beschwingt, die Männerstimmen weich an Sopran und Alt sich anschmiegend, flossen die Gefänge dahin. Vielleicht hätte ein besserer Besuch des Konzertes die Sänger noch zu kräftigeren Farben ermutigt. Doch darf die wackere Schar wirklich stolz sein auf ihr Können.

Sängererfolge in Schellbronn.

Bei dem geistigen Sängerfest in Schellbronn errang der Eisenbahnergesangverein Calw unter Leitung von Lehrer Fischer-Simmoseim mit 129 Punkten einen 1a-Preis. Ferner errangen 1a-Preise der Chor des Liederkranzes Simmoseim unter Leitung von Dirigent Fischer mit dem Lied „Josefmarie“ von Köfler und der Gemischte Chor Simmoseim unter Leitung von Hauptlehrer Wiesmeyer mit dem Lied „Von der schönen alten Zeit“ von Abel; beide Chöre erzielten die schöne Leistung von 133,5 Punkten.

